

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Oshon Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

**Inhalt:** Steuern oder Monopole. — Das Werden des Elektrizitätsmonopols. (Schluß). — Kriegsbriefe. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Wochenbericht vom Krieg. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste.

## Steuern oder Monopole.\*)

Die Erörterungen über die künftige Deckung der Kriegslasten nehmen in der Presse einen immer breiteren Raum ein. Der Wunsch, sie zurückzuhalten, möchte berechtigt sein, solange sich über das Verhältnis der zu deckenden Ansprüche zu den Möglichkeiten einer zu erlangenden Kriegsentschädigung ein sicheres Urteil nicht gewinnen ließ. Je länger sich indes der Krieg ausdehnt, je mehr Völker er in Mitleidenschaft zieht und dem wirtschaftlichen Ruin nahebringt, desto weniger ist an ausreichende Kriegsentschädigungen zu denken, und im umgekehrten Verhältnis wachsen die eigenen Lasten, die uns der Krieg auferlegt.

Schon vor dem Kriege hatte die Reichsschuld 5 Milliarden Mark nahezu erreicht\*\*); ihre jährliche Verzinsung betrug bereits 1/2 Milliarde Mark. Der im Jahre 1913 beschlossene Wehrbeitrag von 1 Milliarde Mark, dessen Einbringung auf drei Jahre verteilt werden sollte, entloh die Regierungen zunächst der Notwendigkeit weiterer Anleihevermehrung. Da kam der Krieg mit seinem gewaltigen Geldbedarf. In drei Tagungen hat der Reichstag Kriegskredite in Höhe von 5, 5 und 10, insgesamt 20 Milliarden Mark bewilligt, von denen etwa 2/3 oder 13 Milliarden Mark nutzbar gemacht worden sind. Daß der Rest bald gebraucht werden wird, darüber besteht ebensowenig Zweifel wie über die Notwendigkeit weiterer Kriegskredite, falls Italien sich den Feinden der Zentralmächte anschließt. (Ist bekanntlich inzwischen geschehen. D. R.)

Wenden wir uns zunächst bei diesen 20 Milliarden Mark, so erfordert allein deren Verzinsung eine jährliche Ausgabe von 1 Milliarde Mark. Ihre Tilgung wird weitere Aufwendungen in der gleichen Höhe voraussetzen. Dazu kommen die Pensionen für die Verwundeten, Invaliden und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer, die ja nach den Wünschen des Reichstages erhöht werden sollen. Man hat uns bereits die abenteuerlichsten Zahlen über die Höhe des notwendigen Pensionfonds genannt, auf die wir hier aus begrifflichen Gründen nicht näher eingehen wollen. Aber daß diese Pensionen den Jahresbetrag von 1 Milliarde Mark übersteigen, darüber ist man sich völlig klar. Damit ist indes das Konto der Kriegslasten noch keineswegs erschöpft. Es kommen hinzu die Entschädigungen der von der Kriegszermürung betroffenen Landesleute, die Unterführungen, die nach Abbruch des Krieges durch längere Arbeitslosigkeit notwendig werden, und es wird auch mit der Wiederherstellung der Landesverteidigung zu rechnen sein. Bei alledem handelt es sich nur um Lasten, die auch ein erfolgreicher Ausgang des Krieges uns nicht erspart. Von einem Unterliegen der Zentralmächte kann ja auch gar keine Rede sein.

Gegenüber dieser uns durch den Krieg erwachsenen Last, deren jährliche Höhe mit 3 Milliarden Mark (die Tilgung der Kriegsanleihe eingerechnet) eher zu niedrig geschätzt ist, steht die heute recht fiktive Möglichkeit, von den unterlegenen Mächten eine Kriegsentschädigung einzutreiben. Sie müßte schon jetzt, um den wirt-

lichen Kriegsschaden auch nur annähernd zu decken, auf 50 Milliarden Mark taxiert werden. Wir bezeichnen diese Möglichkeit als eine fiktive, weil unsere Kriegsgegner, je länger der Krieg dauert, um so weniger in der Lage sein werden, uns den Kriegsschaden in bar zu ersetzen. Es bleibt dann der Ausweg, eine Entschädigung in mehr oder minder wertvollem Landerverb zu fordern, was unseren herrschenden Kapitalmächten sicherlich das Liebste sein wird, denn es erschleicht ihnen neue Kapitalanlagen und erschwert dem Reiche die Abtrotzung der Kriegsschuld, fesselt also das Reich desto fester an das Finanzkapital. In gleichem Verhältnis nachteilig gestaltete sich natürlich eine solche Lösung für das Interesse der deutschen Bevölkerung, denn diese müßte dann nicht bloß die Kriegslasten selbst decken, sondern obendrein für die Wiederherstellung, Erziehung und Verwaltung der erlangten Gebiete größere Mittel aufbringen und jände der erstarrten Kapitalistenklasse schimpflicher als je gegenüber.

Ist aber auf eine ausreichende Kriegsentschädigung heute weniger denn je zu hoffen, dann gewinnt die Frage um so mehr Interesse, wie man sich die Aufbringung der künftig erforderlichen Summen denkt. Daß die seitherigen Steuern nicht ausreichen, ist selbstverständlich. Selbst die Einkünfte des Wehrbeitrages, wenn er händige Einrichtung bleiben sollte, würden nur den aller-kleinsten Teil decken. Neue Steuern von der erforderlichen Ertragfähigkeit zu finden, dürfte auch sehr schwierig sein. Immerhin fehlt es schon heute nicht an Vorschlägen nach dieser Richtung hin. Sie scheiden sich in zwei Gruppen: die eine Gruppe will das Prinzip der Reichsteuern konsequent nach seinen einer allgemeinen Reichseinkommensteuer und nach stärkerer Heranziehung des Vermögens und Vermögenszuwachses erweitern, während die andere diejenigen Bevölkerungsschichten, die der Krieg geschont oder gar wirtschaftlich begünstigt hat, stärker belasten will.

Eine Reichseinkommensteuer mit stark progressiver Wirkung gegenüber den großen Einkommen wäre sicher der gerechte Modus der Besteuerung. Indes sind die herrschenden Klassen vor ihrer Einführung schon in den normalen Jahren vor dem Kriege zurückgeschreckt, und es läßt sich begreifen, daß zur Deckung der Kriegslasten ganz außerordentlich hohe Steigerungsätze nicht zu umgehen wären, wenn man auf andere Steuerquellen verzichten würde. Man hat solche indes gefunden in der Erweiterung der Vermögenssteuer und der Vermögenszuwachssteuer. Von Vermögenssteuern haben wir seither nur den einmaligen Wehrbeitrag, der, auf drei Jahre verteilt, jährlich 1/2 Milliarde Mark ergibt. Seine Verewigung würde, wie bereits gesagt, den Bedarf nur zum kleinsten Teile decken. Die Vermögenszuwachssteuer war für 1915 mit nur 100 000 Mk., die Erbschaftsteuer mit 50 Millionen Mark Einnahme angelegt — Beträge, die für die erwachsenden Ansprüche kaum in Frage kommen. Die Vermögenszuwachssteuer müßte in ihrem Ertrage verzehnfacht, die Erbschaftsteuer verfünffacht werden, um neben den Erträgen der allgemeinen Reichseinkommensteuer die Kriegslasten zu decken.

Rehe Erfolg verspricht man sich von Steuern, die für die von den Kriegsschlägen sehr ungleich betroffene Bevölkerung einen gerechten Ausgleich schaffen sollen. Das alte Projekt einer Wehrsteuer lautet hierbei wieder in Form des Vorschlages, Steuerzuschläge denjenigen Staatsbürgern aufzuerlegen, die von der Einberufung verschont geblieben sind. Ein solcher Vorschlag fand schon in Friedenszeiten Zurückweisung mit der Begründung, daß von der tatsächlichen Erfüllung der Wehrpflicht nur die schwächlichen Männer ausgenommen sind, die auch wirtschaftlich nicht zu den begünstigten Streifen gehören. Die lange Dauer des Krieges ver-

\* Aus dem „Correspondenzblatt“.

\*\* Nicht eingerechnet die unverzinslichen Schatzanweisungen im Betrage von 120 Millionen Mark.

schon indes auch die seither unangebildeten Mannschaften nicht und läßt nur die über 45 Jahre alten Männer frei, die in der weitaus großen Mehrzahl am bittersten mit des Lebens Sorgen zu kämpfen haben. Eine solche Wehrsteuer wäre die schlimmste Ungerechtigkeit, zumal ja auch die nichteinberufenen Bürger dem Vaterlande gegenüber ihre Pflicht erfüllt haben.

Neben der Wehrsteuer ist während des Krieges ein anderer Vorschlag aufgetaucht, der sichtlich recht populär und auch aus Gesichtspunkten der öffentlichen Moral nicht zu verwerfen ist, nämlich die Besteuerung übermäßiger und unrechtmäßiger Kriegsgewinne. Daß während des Krieges, der Millionen von Einwohnern Gesundheit, Leben oder Gut, zum mindesten erhebliche Erwerbseinkünfte kostet, enorme Gewinne gemacht worden sind, ist öffentliches Geheimnis. Nicht bloß Kriegslieferanten haben sich auf Kosten des Reiches bereichert, — auch der Wucher mit Lebensmitteln, Viebzug und Rohmaterialien hat vielen zu unverdientem Wohlstand verholfen. Eine wenigstens teilweise Reklamation dieser Gewinne für die Gesamtheit, die die Kriegsoffer tragen muß, würde jeder sozialdenkende Staatsbürger gewiß billigen. Die Schwierigkeiten fangen indes bei der Durchführung an. Schon die Feststellung der Kriegsgewinne ist keine leichte Aufgabe. Sollen nur Unternehmer von dieser Besteuerung betroffen werden oder auch Angestellte und Arbeiter, die infolge des Krieges erhöhte Gehälter und Löhne verdienen konnten? Wie will man diese Leute aber für die vielleicht vorausgegangene Arbeitslosigkeit entschädigen? Beschränkt man sich auf die Unternehmer in Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel, so wird gegen deren Beireiben, diese Gewinne durch Bilanzverfeinerungen verschwinden zu lassen, anzukämpfen sein. Auch die Unternehmer werden in den meisten Fällen mit Gegenrechnungen ihrer Kriegsschäden und -ausfälle aufwarten. Uebrigens ist der Weg zwischen Rohmaterial und Endprodukt ein so weiter und durch so viele Hände markierter, daß die Abwälzung der Verantwortung für die unverhältnismäßige Bereicherung erleichtert, der eigentliche Schuldige aber um so schwerer faßbar ist. Der Streit zwischen Landwirten, Viehhändlern und Fleischern um die Schuld an der Fleischverteuerung, zwischen Landwirten, Müllern, Viehhändlern und Bäckern wegen der Brotverteuerung, zwischen Konfektionären, Agenten, Zwischenhändlern und Schneidern um die Löhne für Militärbeleidung ist hierfür typisch.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist die Neigung für eine starke Besteuerung der Kriegsgewinne so allgemein, daß mit der Verwirklichung dieses Vorschlages in allem Ernste gerechnet werden muß. Nur davor muß gewarnt werden, diese Gewinne etwa im Rahmen des bestehenden Vermögenszuwachssteuergesetzes zu erfassen, das nur eine Besteuerung von 0,75 bis 2,5 Proz. zuläßt. Solche gar zu rückständige Maßnahme ist gegenüber den Kriegsspekulanten, die es so getrieben haben, daß sie schließlich gefaßt werden, nicht angebracht. Da muß schon viel härter zugegriffen werden, weshalb sich ein Sondergesetz empfehlen würde. Ob eine solche Steuer freilich große Ergebnisse einbringt, das ist eine andere Frage. Uns scheint, daß die ganze Aktion bereits verspätet ist und daß sie gleich bei Beginn des Krieges, d. h. bei Aufnahme der großen Beereslieferungen und bei der Feststellung der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen hätte eingeleitet werden müssen. Nach dem Krieg gewinnt die Besteuerung der Kriegsgewinne bedenklich den Charakter einer Straffeuer, und es wurde denn auch schon in der Erörterung dieses Vorschlages auf diese Konsequenz hingewiesen und davor gewarnt, wobei als das Richtiger bezeichnet wurde, sich auf die Ermittlung der unrechtmäßigen Kriegsgewinne zu beschränken und diese durch gerichtliches Verfahren zu konfiszieren.

Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß wenig Aussicht besteht, die enormen Kriegsgewinne im Wege der Besteuerung auch nur zum kleineren Teile zu decken, und desto mehr richten sich die Blicke auf ergiebigeren Quellen zur Vermehrung der öffentlichen Einkünfte. Wo Steuern nicht ausreichen, greift man in der Regel nach Monopolen. Schon Bismarck hat mit dem Tabakmonopol gedroht, und seine Nachfolger haben dieses Projekt nie ganz außer acht gelassen. Heute denkt man aber schon an ganz andere Verstaatlichungsobjekte, die nicht allein mehr einbringen, sondern auch weit besser für die Uebernahme in den Staatsbetrieb vorbereitet sind als die in Zwergbetrieben zerstückelte Tabakindustrie. Und es ist charakteristisch, daß selbst liberale Mandatsträger, wie der Abg. Dr. Bachmide, sich dem Monopologedanken nicht mehr ganz entziehen können. Es sind denn auch schon vorbereitende Schritte zur Verstaatlichung der Zigarettenindustrie geschehen, indem ein deutsches Bankenkonzern die Aktien des etwa ein Viertel des ganzen deutschen Marktes beherrschenden Jasmagi-Truistes erworben hat.

(Schluß folgt.)

## Das Werden des Elektrizitätsmonopols.

Das staatliche Elektrizitätsmonopol für ganz Deutschland ist also bereits im Werden begriffen und seine allgemeine Durchführung bereitet keine große Schwierigkeiten mehr. Seine Gestaltung wird man sich aber wesentlich anders vorstellen müssen als etwa die eines Tabak- oder Spiritusmonopols. Es kann zurzeit gar nicht daran gedacht werden, die gesamte private Elektrizitätsindustrie verstaatlichen zu wollen. In den beiden bekannten großen Elektrizitätsgesellschaften, die zusammen rund 150 000 Arbeiter beschäftigen, werden auch zu einem sehr großen Teil elektrische Einrichtungen, Maschinen, Zähler, Lampen, Automobile usw. für den Export hergestellt. Auch die anderen Unternehmungen, die elektrotechnischen Spezialfabriken, arbeiten für den Weltmarkt. Es ist indes gar nicht einmal angängig und auch nicht notwendig, daß elektrische Energie ausschließlich in staatlichen Kraftwerken erzeugt werden darf. Die Hochöfen zum Beispiel gewinnen ihre Betriebskraft aus der eigenen Produktion, indem die abgehenden Gase in elektrische Energie verwandelt werden. Das staatliche Elektrizitätsmonopol wird für die erste Zeit so gedacht werden können, daß es die für den öffentlichen Bedarf und den Vertrieb bestimmte elektrische Energie erzeugt. Damit ist nicht gesagt, daß der Staatsbetrieb nicht auch daraufhin arbeiten soll, einmal alle elektrischen Maschinen, Einrichtungen, Lampen usw. zu erzeugen, wenigstens für den eigenen Bedarf. Aber durch die Uebernahme der bestehenden Werke kann das nicht geschehen, das muß vielmehr Sache einer weiteren Entwicklung sein.

Diese Verhältnisse zeigen aber auch, daß bei der Stellungnahme zu einem staatlichen Elektrizitätsmonopol die Arbeiterfrage keine wesentliche Rolle spielen kann. In den Kraftzentralen werden zur Bedienung der Maschinen nur relativ sehr wenige Arbeiter beschäftigt, die gegenüber der Gesamtzahl der bereits vorhandenen Staatsarbeiter gar nicht ins Gewicht fallen. Jedenfalls ist es ganz unmöglich, die Zustimmung zu einem staatlichen Elektrizitätsmonopol davon abhängig machen zu wollen, daß zuvor eine gezielte Regelung der Arbeitsverhältnisse vorgenommen werde. Mit der demokratischen Entwicklung der Parlamente und der kommunalen Körperschaften, mit dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterorganisationen erhalten die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen und kommunalen Betrieben eine bessere Gestaltung als in den Privatbetrieben. Nach der letzten Erhebung war in 78 Gemeinden für die Betriebsleute der Gasanstalten der Achtundzestag eingeführt, ferner für die Maschinisten und Heizer in 16 städtischen Elektrizitätswerken, in 10 städtischen Wasserwerken und in 5 Vieh- und Schlachthöfen, außerdem in einigen Kanalbetrieben und Müllverbrennungsanstalten. 307 Gemeinden haben irgendeinen Erholungsurlaub oder Sommerferien für die Arbeiter eingeführt, 123 Gemeinden zahlen in Krankheitsfällen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, 147 Gemeinden zahlen den Lohn bei längeren Veräumnissen und militärischen Übungen, 98 für Wochenfeiertage, 29 gewähren Familienzulagen, 124 einen Rubelohn, 114 haben eine Hinterbliebenenversorgung eingeführt, in 9 Gemeinden bestehen Rentenstellen. Daß Arbeiterschutz und Tarifreformen nach der Verstaatlichung oder Kommunalisierung „zu einer vermehrten Belastung des Staates oder der Gemeinden, zu neuen Steuern führen“ müssen, daß „Verbesserungen zugunsten der Arbeiter oder der Konsumenten“ nur „durch eine Steuererhöhung“ bewirkt werden können,\*) sind Weisheiten, die vor sehr langer Zeit einmal aufgetaucht konnten, heute aber längst abgetan sind. Arbeiterschutz und Tarifreformen können mit der Verstaatlichung keinen Abschluß finden, sie werden also unter allen Umständen auch nach der Verstaatlichung oder Kommunalisierung noch vorgenommen werden müssen. Sie führen aber ebenmäßig „zu neuen Steuern“, wie die Verbesserungen zugunsten der Konsumenten, sondern laufen parallel mit einer Steigerung der Produktivität, vielfach also mit einer Verbilligung der Produkte und Erhöhung des Reingewinns, beim Staatsbetrieb also mit einer Verringerung der „Steuern“. Die Erhöhung der Gehälter der Postangestellten und die Verbesserungen der Dienstverhältnisse haben bisher noch nicht zu einer Erhöhung der Postfakts oder zu einer Abnahme des Reingewinns geführt. Die Gaspreise sind in den Städten herabgesetzt worden und die Reingewinne haben zugenommen trotz Achtundzestag und Tarifreform. Das Elektrizitätsmonopol aber soll ja gerade dazu führen, die Produktivität auf die zurzeit denkbar höchste Höhe zu bringen, womit die wichtigste Voraussetzung geschaffen wird, nach der Verstaatlichung erst recht auf Arbeiterschutz und Tarifreform zu dringen, auch wenn er zuvor nicht vernachlässigt worden wäre.

\*) Siehe Kautsky, loc. cit., pag. 680 und 682.

Die Befürchtung ist deshalb auch grundlos, daß ein staatliches Elektrizitätsmonopol zu einer Erhöhung der Strompreise führen oder die notwendige Verbilligung des Preises verhindern könnte. Das Elektrizitätsmonopol kann nur möglich und finanziell erfolgreich sein bei fortgesetzter Verringerung der Strompreise, da nur dann die große Verwendung der elektrischen Energie zu erwarten ist, die die Voraussetzung eines hohen Reingewinns bildet. Dafür sorgt schon die Konkurrenz der Dampfkraft und des Gases. Hohe Preise für den Bezug der elektrischen Energie können die Fabrikanten nicht dazu bewegen, elektrische Betriebskraft an Stelle der Dampfkraft einzuführen. Der Staat hat aber auch selbst ein direktes Interesse daran, daß die elektrische Energie für seinen eigenen Betrieb möglichst billig hergestellt wird, was sich nur bei einem sehr großen Konsum ermöglichen läßt. Ein staatliches Gasmonopol bietet keine Aussicht auf Erfolg. Durch die heutigen Fernleitungen ist es zwar möglich, auch mehrere Gemeinden von einer Zentralgasanlage aus mit Gas zu versorgen. Aber das Gas kann sich neben der Elektrizität nur noch durch die fortgesetzten Verbesserungen und neuen Erfindungen behaupten, wie sie aus dem Bestreben der Konkurrenz entstehen. Gelingt es, die Herstellung der elektrischen Energie fortgesetzt und wesentlich zu verbilligen einen sehr geringen Strompreis zu erzielen, was mit Sicherheit erwartet wird, dann dürfte das Ende der Gasproduktion gekommen sein. Ebenso wird in den hochentwickelten Ländern dem Leuchtöl in nicht ferner Zeit die Stunde schlagen. Bei der Beratung des Leuchtölgesehenswerths im Reichstag hat es sich aber auch gezeigt, wie sehr die Parlamente heute darauf bedacht sind, bei der Errichtung eines Monopols das Konjunktimentinteresse zu wahren und die Arbeiterverhältnisse zu regeln.

Für die Staatskasse wird auch bei einer derartigen Gestaltung des Elektrizitätsmonopols ein bedeutender Gewinn abfallen können. Jetzt schon ist der Bedarf an elektrischer Energie sehr groß. Im Königreich Preußen ist am 1. April 1913 eine Kraft von 2,57 Millionen Pferdestärken in den Dampfmaschinen und Dampfturbinen für die Erzeugung elektrischer Energie verwendet worden. Dabei ist das nur eine Minimalzahl; denn für eine ganze Reihe von zur Erzeugung von elektrischem Strom dienenden Dampfmaschinen ist dieser Betriebszweck gar nicht gemeldet. Die gesamte, der Hervorbringung von Elektrizität dienende Primärkraft ist jedoch selbst mit einer vollständigen Erfassung der für diesen Zweck in Betracht kommenden Dampfkraft bei weitem nicht erschöpft, sondern es ist noch die steigende Verwendung von Öl- und Gasmotoren zum Dynamoantrieb sowie der diesen Zwecken dienende Ausbau von Wasserkraft zu berücksichtigen, worüber keine genauen Angaben zu erhalten sind. Und gerade die größten Werke haben Wasserkraft. Wie gewaltig aber der Bedarf elektrischer Kraft wächst, ergibt man daraus, daß allein das badische Kurzwahl 35 Millionen Kilowatt produzieren wird, während die am 1. April 1909 gezählten 1978 Elektrizitätswerte Deutschlands damals zusammen nur eine Leistung von 12 Millionen Kilowatt aufzuweisen hatten. Und eine weitere Steigerung des Stromverbrauchs läßt sich in kurzer Zeit in unvermeidbarer und unbegrenzter Höhe erzielen.

Das Interesse der Staatsfinanzen ist aber weder die wichtigste Kraft, die zum staatlichen Elektrizitätsmonopol treibt, noch kann es der wichtigste Zweck des Monopols sein. Vor einem Jahr sagte der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Geheimrat Rathenau, die Tendenz, ganz große Elektrizitätswerke zu errichten, sei nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zu stark geworden, als daß man sie mit dem bestmöglichen Ausbau privater Elektrizitätswerke noch überwinden könnte. Der ganz billige Strom, wie er zu Kraftzwecken unbedingt gebraucht werde, könne nur in Betrieben hergestellt werden, die über das Ausmaß aus unserer bisherigen größten Zentralkraft weit hinausgehen. „Wenn wir nur“, so fuhr dieser Leiter eines der größten Elektrizitätswerke Deutschlands fort, „in unieren lokalen Elektrizitätswerten den Strom uns dadurch billiger schaffen können, daß wir ihn von einem staatlichen Riesenwerk beziehen, so sehe ich gar keinen Grund, warum wir uns eigenständig gegen eine derartige Strombeschaffung sperren sollen. Wir beziehen dann einfach Strom statt Kohlen und bemühen die lokalen Anlagen für Stromverteilungszwecke.“ Nach dieser Richtung hin bildet sich das staatliche kommunale Elektrizitätsmonopol bereits heraus, nur mit dem Unterschied, daß auch die lokalen Anlagen für Stromverteilungszwecke mehr und mehr der Privatindustrie entzogen und in kommunalen oder genossenschaftlichen Besitz überführt werden. Jedenfalls lautet die Frage nicht mehr so, ob ein Elektrizitätsmonopol geschaffen

werden soll oder nicht; über diese Frage hat die seitberige Entwicklung bereits entschieden. Es handelt sich nur darum noch, ob der Ausbau des Monopols sich auf den jetzigen Grundlagen, des Zusammenwirkens der Einzelstaaten und der Kommunen, vollziehen oder in einem Reichsmonopol auslaufen soll. Diese Frage ist indes von untergeordneter Bedeutung. Dem Staat wird unter allen Umständen zunächst nur die Kraftzerzeugung zufallen können, und den Gemeinden die Leitungen, Lichtanlagen, Straßenbahnen usw., ob nun ein Reichsmonopol oder ein Monopol der Einzelstaaten geschaffen wird. Die Aufgabe ist jetzt einfach die: möglichst bald an die gezielte Regelung des Elektrizitätsmonopols heranzutreten.

### • Kriegsbriefe •

**Von der Schiffsalonne.** Ein erheblicher Teil ungedienter Kollegen sind jetzt zur Armierungsarmee eingezogen. In dem nachfolgenden Brief des Kollegen **K e n n e r** aus **R u s s i j s c h - P o l e n** sind die Freuden und Leiden dieser Truppe anschaulich geschildert: „Sonabend nachmittags 5 Uhr wurden wir zum Bahnhof geführt, um nach Russisch-Polen verladen zu werden. Der Himmel hatte alle Schleusen geöffnet, in Strömen floß der Regen herab. Trotzdem hatten es sich zahlreiche Frauen nicht nehmen lassen, ihren Mänteln das Geleit bis zum Zuge zu geben. Der flotte Marsch mit gepacktem Tornister brachte es mit sich, daß ein Mann auf dem Bahnhof ohnmächtig umfiel. Er mußte zurückbleiben. Um 1/2 9 Uhr dampfte der Zug, der die 3. Kompanie und den Bataillonsstab beherbergte, ab. Die Vorgesetzten fuhrten zweiter, die Mannschaften dritter Klasse. Ungemein langsam schlich der Zug dahin. 1/2 11 Uhr nachts waren wir in Guben, wo Kaffee und Butterbrot verteilt wurde. Während der Nacht hatte der Himmel ein freundlicheres Gesicht aufgesetzt, und als wir Sonntag früh 1/2 6 Uhr Sagan passierten, lachte uns die herrliche Frühlingssonne entgegen. Von da ab fuhr auch unser Zug etwas lebhafter, so daß wir um 1/2 9 Uhr bereits Breslau passierten und um 9 Uhr in der Hauptstadt Schlesiens einfuhren. Hier wurden wir auf dem Bahnhof mit einer kräftigen Fleischsuppe bewirtet, die allen vorzüglich munde. Nach ungefähr halbstündiger Rast ging es weiter. Je näher wir der Grenze kamen, um so langsamer erfolgte die Fahrt, von Lublin ab so langsam, daß Räder bequem daneben hertraben konnten. Um 1/2 6 Uhr passierten wir bei beiden Herbu teils preussisch, eils russisch die Grenze. 3/4 Stunden später fuhr der Zug in Czernichow ein. Vorläufig war hier unsere Fahrt zu Ende. Niemand wußte, wohin wir nun sollten. Unter die Mannschaften wurden zunächst Schuppen und Kisten verteilt. Alsdann ging es zu Fuß nach dem Personenbahnhof, wo ein schmattes Abendrot zur Ausgabe gelangte. Es mochte wohl 9 Uhr sein, als wir unsern Zug wieder bestiegen, um sitzend in den Kupees der Nachtruhe zu pflegen. Gerüchweise hier es, wir bleiben über Nacht hier. Wie erlanten wir aber, als wir Montag früh bei Sonnenaufgang erwachten und auf freiem Felde in einer neuen Gegend uns befanden. Wir hatten in sitzender Stellung so fest geschlafen, daß wir von der Weiterfahrt nichts bemerkt hatten. Rechts und links von unserem Zug hielt je ein anderer. Der eine beherbergte die 4. Kompanie unseres Bataillons, der andere, nur aus vierter Klasse zusammengesetzt, einen Trupp Eisenbahneroldaten, denen der Zug gleichzeitig als Quartier diente. Ein Wagen war als Küche eingerichtet. Von diesen Eisenbahnern wurden wir mit Kaffee bewirtet, wozu ein jeder seine mitgebrachten Mundvorräte ab. Im Laufe des Vormittags verlorate uns eine Trainkolonne von neuem mit Brot. Gegen Mittag ging es dann einen einständigen Marsch durch Sand und Steingeröll und über Hügel nach unserem Stabsquartier. Drückend heiß brannte die Sonne, und um so schwerer drückte der Tornister. Vorjorglich hatte der Kompanieführer ein Fuhrwerk requiriert, das den Schwächlichen die „Affen“ nachfuhr. Einige Mann machten außerdem noch unterwegs schlapp. Die polnische Bevölkerung war hier gewiß noch nie wohlhabend, wieviel weniger reich. Von dem wenigen, das sie aber besaßen, hat ihnen der Krieg noch das meiste genommen. Ich habe hier in den zahlreichen Dörfern noch nie ein massives Haus gesehen. Die kleinsten Strohhütten, die in Kreuzen nur noch vereinzelt anzutreffen sind, herrschen hier allgemein. Wir sind durch Dörfer gekommen, wo solche Hütten in sich zusammengebrochen waren. Wir glaubten zunächst, daß sie ein Opfer von Artilleriegeschossen seien, infolge der Anfang Dezember hier stattgefundenen Kämpfe. Wir konnten aber schnell, daß allgemeine Schwäche die Ursache des Zusammenbruchs war. Die Bevölkerung läuft dreht, spekt und zerlump umher. Reinlichkeit ist bei ihr eine Untugend. Geringe Arbeitslust scheint eine weitere Eigenschaft der Polen zu sein. Darauf deuten die verwilderten Acker bin, die liebliche Art der Feldbestellung, die Vernachlässigung der Gärten, die trotz der Armut der Bevölkerung bei mehr Fleiß und Ordnungsliebe in besserem Zustande sein könnten. In solch einem Dorfe wurden wir einquartiert. Um der Kaufsfrage zu entgehen, bezogen wir Stroh. Ich kaufte mit 15 Mann zusammen. Die Strohvorräte der Bauern waren so gering, daß wir gerade soviel

\* Siehe den Artikel „Ein preussisches Elektrizitätsmonopol“ in der „Mündener Post“ vom 9. Mai 1914.

reanieren konnten, um nicht auf nackter Erde zu schlafen. Denn sonstige Nahrungsmittel für das armenliche Vieh, das noch hier ist, gibt's schon lange nicht mehr. Schon bei unserer Derfahrt konnten wir gleich hinter der Grenze beobachten, daß das kaum sichtbare junge Grün abgeweidet wurde. Die Bevölkerung nähert sich auf das kümmerliche. Für sie ist die preussische Einquartierung geradezu eine Wohltat. Denn der mittelbiedige Schippmannswesoh teilt mit den Dumrigen gern sein Brot. Fortgesetzt wird man gefragt Frauen und Kindern um Meppa (Brot) angebettelt. Schon von der Grenze an bis Czestochau wurde unser Zug von Kindern begleitet, die um Brot bitteten. Empfangen wir abends unter warmes Essen, so stehen Frauen und Kinder mit Töpfen und warten sehnsüchtig auf jeden Löffel Essen, den der Schippmann übrig läßt. Unser Nachquartier war bis vor wenigen Tagen, wo die tübten Nächte noch vorherzesehen, ungemein kalt. Gefroren haben wir. Das löcherige Dach und die dito Mauer haben wir so ausgehölet, daß wenigstens Sturm und Regen nicht mehr aus- und empazieren. Was die Kost anbelangt, so kann gesagt werden, daß Brot reichlich gegeben wird, das warme Essen ist ausreichend und schmackhaft. Alle Mann sind des Lobes voll. Hier ist der Beweis erbracht, daß auch in Kassen und Gefäch werden kann. Warum ist das in den Heil- und Flügelanhalten nicht durchführbar? Nur Butter und Schmalz wird in geringen Mengen ausgegeben. Unser Arbeitsdienst währte wochentags von 7 Uhr früh bis 16 Uhr abends inklusive zwei halbtägigen Rausen und je einer Stunde Karich von und zur Arbeitsstelle. Sonntags wird bis 2 Uhr gearbeitet, um 3 Uhr das Mittagessen ausgegeben. Nach jedem 10. Wochentage ist ein "Aubetag", d. h. wir gehen nicht zur Arbeit, werden aber dafür vormittags drei und nachmittags eine Stunde in die höheren Stände des "rechtsam, linksam, lebet, Parademarich" usw. einweicht. Ein weiterer Aubetag war am 10. Mai, wo wir vereidigt wurden, ebenso ein solcher am 13. Mai (Simmelfahrtstag), an dem das Impfen gegen Typhus erfolgte. Unserem Bataillon ist eine Kompanie Pioniere zugeteilt, die gewissermaßen als qualifizierte Arbeiter fungieren.

Es ließe sich noch vieles mitteilen, da aber jedes Ding ein Ende haben muß, so auch dieser Brief. Ein andermal wieder etwas. Sagen möchte ich nur noch, daß ich unter den Kameraden sehr wenige organisierte Arbeiter gefunden habe. Die Mehrzahl der Kameraden besteht allerdings aus Akademikern, selbständigen Handwerkern und Kaufleuten. Ein Verbandskollege und Parteigenosse aus der Schmaragdortler Gasanalt befindet sich bei der 9. Morporalschaft. Viele Grüße an Dich und alle Kollegen."

◆ **Wochenbericht vom Krieg** ◆

Der Krieg mit Italien hat begonnen. Was wie elektrische Spannung seit 3 Wochen auf den Gemütern laitete, ist nun entladen. Damit werden leider neue ungeheure Kriegsgesopfer gefordert auf allen Seiten. Der Weltbrand lodert neu auf und die Hoffnung auf baldigen Frieden tritt in den Hintergrund. Das italienische "Grünbuch" wie auch die weiter hinten abgedruckte Kriegserklärung ist ein Verlegenheitsgeschammel der italienischen Mänterpolitik. Dagegen hebt sich das österreichische Manifest immerhin vorteilhaft ab. Es lautet: "An meine Völker! Der König von Italien hat mir den Krieg erklärt. Ein Treubruch, dessen gleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreich Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden. Nach einem Bündnis von mehr als dreißigjähriger Dauer, während dessen es seinen territorialen Besitz mehren und sich zu ungeahnter Blüte entfalten konnte, hat uns Italien in der Stunde der Gefahr verlassen und ist mit fliegenden Fahnen in das Lager unserer Feinde übergegangen. Wir haben Italien nicht bedroht, sein Ansehen nicht geschmälert, seine Ehre und seine Interessen nicht angetastet, wir haben unseren Bündnispflichten stets getreu entsprochen und ihm unseren Schirm gewährt, als es ins Feld zog, wir haben mehr getan: Als Italien seine hegebrlichen Aude über unsere Grenzen sandte, waren wir, um das Bündnisverhältnis und den Frieden zu erhalten, zu großen und schmerzlichen Opfern entschlossen, zu Opfern, die unserem väterlichen Herzen besonders nahe gingen. Aber Italiens Pegebrlichkeit, das den Moment mißen zu sollen glaubte, war nicht zu stillen, und so mußte sich das Schicksal vollziehen. Dem mächtigen Feinde im Norden haben in zehnmonatlichem gigantischen Ringen und in treuerer Waffenbrüderchaft mit dem Decree meines erlauchten Verbündeten meine Armeen siegreich standgehalten. Der neue heimtückische Feind im Süden ist ihnen kein neuer Gegner. Die großen Erinnerungen an Novara, Mortara, Custoza und Lissa, die den Stolz meiner Jugend bilden, und der Geist Maderlins, Erzherzogs Albrecht und Tegetthoffs, der in meiner Raub- und Seemacht fortlebt, bürden mir dafür, daß wir auch gegen Süden hin die Grenzen der Monarchie erfolgreich verteidigen werden. Ich grüße meine kampfbereiten, siegerprobten Truppen. Ich vertraue auf sie und ihre Führer. Ich vertraue auf meine Völker, deren kehrpfeilschem Opfermut mein väterlicher Tauf gebührt. Den Allmächtigen bitte ich, daß er unsere Fahnen feanc und unsere aerechte Erde in seine gnädige Obhut nehme. Franz Josef m. p. Sturgß m. p."

Nachfolgend Einzelereignisse: **16. Mai.** Nördlich Ppern werden vorgeschobene deutsche Stellungen zurückgenommen. -- Im Nordosten bei Dubissa russische Angriffe zurückgeschlagen. -- Deutsch-österreichischer Vorwarsch auf Linie Sambor -- Grnj -- Stanislaus deckt an. Am Przemysl wird gekämpft. -- Die Oesterreicher haben Trobohyez genommen nebst 5100 Gefangenen. -- Vor den Fardanelen erleiden die französisch-englischen Truppen schwere Verluste. -- **17. Mai.** Im Osten heftige Teilkämpfe bei Dubissa. Bei Szaki 1700 Gefangene. -- In Mittelgalizien ist Hebergang über den San erkämpft. -- Der österreichische Bericht verzeichnet bei den Durchbruchkämpfen seit 2. Mai insgesamt 174 000 Gefangene, 128 Geschütze, 388 Maschinengewehre. -- An der englischen Küste haben 5 deutsche Luftschiffe Bomben geworfen. -- Auf Smyrna (Kleinasiens) vergebliche französische Landungsversuche. -- **18. Mai.** Heftige Teilkämpfe um Ppern und im Priesterwalde. -- Im Südosten (Sanübergang) 7000 Gefangene, 4 Geschütze. -- In England Ministerkrise. 15 Liberale, darunter der 1. Admiral Fisher und Churchill, sollen durch 5 Konservative ersetzt werden. -- **19. Mai.** Im Osten zahlreiche Kämpfe bei Dubissa, Szaki und Entki mit 900, 500 und 2200 Gefangenen und schweren blutigen Verlusten. -- Nördlich Przemysl werden die Russen zurückgeworfen. -- Die Oesterreicher gewannen am oberen Dniepr 5600 Gefangene. -- Bei Kolomea (am Pruth) 1400 Gefangene. -- In ganz Italien viele tausend Protestversammlungen gegen den Krieg durch die Sozialisten. -- **20. Mai.** Nördlich Ppern greifen "farbige Franzosen" an. -- Bei Ailly scheitern französische Angriffe. -- Im Citen bei Dubissa weitere 1500 Gefangene. -- Bei Jaroslau (Galizien) werden russische Gefangene gemacht, die nur mit Eisenketten ausgerüstet waren. Seit 1. Mai machten die deutschen Truppen insgesamt in Galizien 100 400 Gefangene, 72 Geschütze, 253 Maschinengewehre. -- Die Oesterreicher eroberten östlich Trobohyez 1800 Gefangene, bei Aiele weitere 4000, insgesamt werden seit 1. Mai nur von Oesterreichern 94 000 Gefangene gezählt, zusammen (deutsch-österreichisch) 194 000! Das italienische Parlament erteilte mit 407 gegen 74 -- darunter 45 Sozialisten -- Mandatvollmacht zum Krieg! -- **21. Mai.** Angriffe "farbiger Engländer" bei Arras zurückgeschlagen. -- In den Argonnen verwenden Franzosen Minen mit giftigen Gasen. -- In Nordwestrußland bei Windaun Neuerkämpfe. Bei Podubis 300 gefangene Russen. -- Der italienische Senat (Oberhaus) nimmt mit 262 gegen 2 Stimmen die Kriegsvorlage an. -- Von Trient flüchten 70 000 Einwohner ins Innere von Oesterreich. -- Die Schweiz mobilisiert fast ihre ganzen Truppen zur Bewachung der italienischen Grenze. -- Das deutsche Lazarettsschiff "Ephelia" wird von England als Prise erklärt (Völkerrechtsbruch). -- **22. Mai.** Im Westen heftige Teilkämpfe. -- Im Citen bei Szamle 1600, bei Dubissa 1000 Gefangene und Zurückweisung russischer Angriffe. -- Heftige russische Angriffe östlich Czernowitz abgewehrt. Bei Aiele (Polen) 1800 Gefangene. -- **23. Mai. Italienische Kriegserklärung!** Sie lautet an Oesterreich: "Am 4. d. Mts. wurden der n. und s. Regierung die schwerwiegenden Gründe bekanntgegeben, weshalb Italien im Vertrauen auf sein gutes Recht seinen Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn, der von der n. und s. Regierung verletzt worden war, für nichtig und von nun an wirkungslos erklärt und seine volle Danklungsfreiheit in dieser Hinsicht wieder erlangt hat. Zeit entschlossen, mit allen Mitteln, über die sie verfügt, für die Wahrung der italienischen Rechte und Interessen Sorge zu tragen, kann die königliche Regierung sich nicht ihrer Pflicht entziehen, gegen jede gegenwärtige und zukünftige Bedrohung zum Zweck der Erfüllung der nationalen Aspirationen jene Maßnahmen zu ergreifen, die ihr die Ereignisse auferlegen. Seine Majestät der König erklärt, daß er sich von morgen ab als im Kriegszustande mit Oesterreich-Ungarn verbindlich betrachtet." -- Im Westen vergebliche französische Angriffe auf der ganzen Front. -- Die Oesterreicher gewannen insgesamt bei Aiele 6400 Gefangene und 30 Offiziere. -- Die österreichische Flotte hat die italienische Küste an verschiedenen Stellen mit Erfolg beschossen. Auch an der Tiroler Grenze fanden kleinere Grenzlämpfe statt.

◆ **Aus der Praxis der Arbeiterversicherung** ◆

**Nach einmal die Kriegswochenhilfe.** Nach den bisherigen Erfahrungen kommen die Frauen, die Anspruch auf die Kriegswochenhilfe erheben wollen, meist ohne die nötigen Papiere zur Krankenkasse. Dadurch muß sich aber naturgemäß die Auszahlung der Unternehmung verzögern. Wir wollen deshalb kurz einige Vorbemerkungen für die Erlangung der Kriegswochenhilfe bekanntgeben. Die Krankenkassen zahlen nur dann Unternehmungen aus, wenn entweder der Mann oder die Frau oder beide Krankentafelmitglieder sind, resp. bis zum Eintritt in den Seeresdienst waren. Als Papiere sind beizubringen: 1. Der Nachweis, daß der Mann Kriegsteilnehmer ist, der ohne weiteres auf Verlangen von den Stellen schriftlich gegeben wird, die die Kriegsunternehmung ausgeben, 2. Die Devisenurkunde, 3. Das Krankentafelbuch oder die Mitgliedskarte der Krankenkasse. Gehörte der Mann innerhalb eines Jahres vor Eintritt in den Seeresdienst mehreren Krankentafeln an und war

er unmittelbar 6 Wochen vorher nicht hintereinander Mitglied ein und derselben Krankenkasse, dann sind die Mitgliedsbücher aller Stätten mitzubringen. Für diese Fälle empfiehlt sich auch die Beibringung der letzten Anwärden Leistungskarte. 4. Ist die Frau Krankenkassenmitglied, muß sie auch ihr Mitgliedsbuch beibringen. Wir können nur wieder dringend raten, mit diesen Papieren bereits einige Zeit vor der Entbindung die Krankenkasse aufzuklären und den Anspruch anzumelden. Nach der Geburt des Kindes ist dann nur noch die Geburtsurkunde des Kindes der Kasse einzureichen. Nur wenn in dieser Weise verfahren wird, kann die Anzahlung der Unterstützung sofort nach der Entbindung erfolgen. Ledige Wöchnerinnen müssen an Stelle der Geburtsurkunde den Nachweis erbringen, daß der Vater des Kindes die Vaterschaft anerkennt. Wird für das Kind Kriegsunterstützung gezahlt, gemüßigt der Nachweis hierfür. Im andern Falle mußte eine von dem militärischen Vorgesetzten bescheinigte schriftliche Erklärung des Vaters des Kindes beifügt werden. Gleichzeitig wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß auch Hüttenarbeiterfrauen, die aber Massenmitglieder sind und nach dem Status Anspruch auf Wochenhilfe haben, während des Krieges die höheren Leistungen der Kriegswochenhilfe erhalten. An Stelle des hier vorgesehenen Wochenlohnes tritt in solchen Fällen das jährgangsgemäße Wochenlohn der Masse. Da die Unkenntnis über die Bestimmungen der Kriegswochenhilfe erstaunlich groß ist, empfehlen sich immer wieder Hinweise auf diese.

### Rus den Stadtparlamenten

#### Kriege-Teuerungszulage.

**Erfurt.** Die Stadtverwaltung gewährt den städtischen Arbeitern pro Stunde 2 Pf., den Dienstausschreitern im Gaswerk jedoch 3 Pf. pro Stunde als Teuerungszulage.

**Aulda.** Die städtischen Körperschaften bewilligten jedem städtischen Arbeiter eine Teuerungszulage von monatlich 5 Mk. und für jedes Kind eine solche von 2,50 Mk.

**Gera (Neuß).** Wie schon in Nr. 21 der „Gewerkschaft“ berichtet, hatte der Gemeinderat den Antrag unserer Kollegen auf Gewährung von Teuerungszulagen dem Stadtrat zur Berücksichtigung überwiesen. Der Stadtrat hat nun beschlossen, denjenigen städtischen Arbeitern, deren Lohn 25 Mk. wöchentlich nicht übersteigt und die Kinder unter 15 Jahren ohne eigenen Verdienst unterhalten müssen, Teuerungszulagen zu gewähren. Die Zulage beträgt bei einem Kind 75 Pf., bei zwei Kindern 1,25 Mk., bei drei und mehr Kindern 1,50 Mk. wöchentlich. Die Zulage wird ab 17. Mai gewährt. Zu diesem Beschluß möchten wir bemerken, daß der größte Teil der Arbeiter leer aussieht, weil die Verdienstgrenze von 25 Mk. zu niedrig ist. Die meisten Arbeiter im Gaswerk, Stadtdarmerlei haben einen höheren Lohn, sie werden aber von der Teuerung ebenso betroffen. Auch die Zulage an sich ist recht knapp bemessen, etwas mehr Entgegenkommen wäre schon angebracht gewesen. Hoffentlich trägt die unbefriedigende Erledigung des Antrages der Arbeiter dazu bei, das in letzter Zeit recht schwundene Interesse der Geraer städtischen Arbeiter an der Organisation wieder zu beleben.

**Kottbus.** Der Magistrat beschloß eine Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter von 6 Mk. pro Monat, rückwirkend ab 1. April 1915. Die Dien- und Hofarbeiter des Gaswerks hatten vorher bereits 3 Pf. pro Stunde Zulage erhalten.

**Oberhessweide.** Bei dem Antrag der Gemeindegewerkschaft auf Bewilligung einer Teuerungszulage wurde in der Gemeinderatsversammlung den ledigen Arbeitern diese Zulage verweigert mit dem Bemerkten, es müsse gespart werden. — Unsere Genossen hatten ferner beantragt, den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage von wenigstens 2 Mk. zu gewähren. Beschlossen wurde dann mit allen Stimmen, den verheirateten Arbeitern eine Zulage von wöchentlich 2,50 Mk. zu geben und für jedes Kind unter 15 Jahren 1 Mk. extra. Die Unverheirateten erhalten nichts.

**Rüdingen.** Die städtischen Arbeiter in Rüdingen erhalten, rückwirkend vom 1. April ab folgende Teuerungszulagen: Allen vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt, die Gehalt, Entschädigung oder Lohn bis 2000 Mk. einschließen, nach folgender Maßgabe: 1. daß Ledige und Verheiratete ohne Kinder einen Zuschlag von 1 Mk. pro Woche erhalten; 2. Verheiratete mit bis 4 Kindern 2 Mk.; 3. Verheiratete mit 5 Kindern und mehr 3,50 Mk. pro Woche. Bei Monatsempfängern soll eine entsprechende Umrechnung und Abrundung stattfinden. — Wenn die bisherigen Bezüge durch die Zulage den Betrag von 2000 Mk. übersteigen, so soll die Zulage erst gekürzt werden, wenn damit der Gesamtbezug von 2050 Mk. überschritten wird. Ferner sollen alle Beamten, Angestellten und Arbeiter mit mehr als 4 Kindern, deren Gehalt oder Lohn 2000 bis 2400 Mk. beträgt, eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. erhalten. — Die Arbeiter auf den hiesigen Gaswerken erhalten eine monatliche Zulage und zwar Ledige 6 Mk., Verheiratete 12 Mk. Auf den Gaswerken ist ebenfalls vom 1. April ab rückwirkend gezahlt worden.

**Straubing.** (Verdingung.) Die städtischen Arbeiter erhielten eine tägliche Teuerungszulage von 25 Pf. (nicht 30 Pf.).

### Aus unserer Bewegung

**Mugoburg.** Am 16. Mai tagte im „Wittelsbacherhof“ eine gut besuchte Versammlung, in der Gemeindegewerkschaftsmitglied über „Die Veraltungen der Teuerungszulage“ Bericht erstattete. Redner hob u. a. hervor, daß die Ablehnung einer täglichen Teuerungszulage wegen Mangel an Mitteln nicht notwendig gewesen wäre, da ja bekanntlich ein Notstandsfonds in der Höhe von 250 000 Mk. vorhanden sei. Ein Teil dieser Summe hätte ohne weiteres zu diesem Zwecke Verwendung finden können, wie auch dem Mittelstand dadurch unter die Arme gegriffen werden könnte. Die ganze Jammerlei würde dadurch hinfällig geworden sein, weil dieser Notstandsfonds doch jetzt am ehesten mit Recht Verwendung finden könnte. Doch wollte man jetzt weder den städtischen Arbeitern noch dem Mittelstand etwas geben. Die Stadt betrachte ihre Aufgabe darin, gegenüber den Arbeitern etwas zu gewähren, was nach außen hin schön prunkt und wenig kostet. Nur so kann sie die Zufriedenheit des Fabrikantentums erwerben, was ja ihre erste und heiligste „Aufgabe“ ist. Redner besprach sodann die Stellungen der einzelnen Parteien, wobei er besonders die Zentrumspartei mit ihren privilegierten Arbeitervertretern ins richtige Licht rückte. Sei es nicht dem Wunsch der städtischen Arbeiter entsprechend ausgefallen, so müsse jetzt doch versucht werden, daß die nun einmal genehmigten 25 000 Mk. an die Arbeiter der Stadt gelangen. Den Anwesenden empfahl er unter Verfall der Versammlung, sich diese Verhandlung ihres berechtigten Antrages bis zur nächsten Gemeindegewahl zu merken, und jenen bürgerlichen Vertretern durch den Stimmzettel die Zustimmung zu geben. — In der Diskussion wurde allgemein verlangt, daß sich jeder städtische Arbeiter an die Kommission um eine Beihilfe wenden soll, da ja nach dem eigenen Zugeständnis des Referenten, Herrn Oberbürgermeister von Wolfram, namens der sozialen Kommission selber die Bedürftigkeit einer Besserstellung der Arbeiter anerkannt wurde.

**Trossen.** Die vom Räte beschlossene Teuerungszulage für städtische Beamte und Arbeiter ist bereits Mitte April den Stadtverordneten mit dem Ersuchen um möglichst baldige Beschlußfassung übergeben worden. Bis heute haben aber der Verwaltungs- wie auch der Finanzausschuss zu der Ratsvorlage noch keine Stellung genommen. Es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, daß diese Angelegenheit vor Mitte Juni das Plenum kaum beschäftigen dürfte. Die sozialdemokratische Fraktion fragte deshalb in der letzten Stadtverordnetenversammlung nach den Ursachen dieser Verzögerung. Darauf wurde erwidert, daß auch die Mitglieder der Ausschüsse der Angelegenheit wohlwollend gegenüberstünden, daß sogar die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß eine Erweiterung der Ratsvorlage erfolge, aber es müßten erst Erhebungen erfolgen, bei anderen Städten Nachfrage gehalten werden usw., damit eine gute Begründung vor dem Plenum erfolgen könne. Uns scheint, daß man in Anbetracht der überaus großen Notlage, in der sich die städtischen Arbeiter und Unterbeamten in der gegenwärtigen Zeit befinden, die Sache doch etwas mehr beschleunigen könnte. Erhebungen über den Umfang der Teuerung brauchen bei dem allgemein bekannten Stande derselben wohl nicht erst angestellt werden.

**Hannover.** Am 14. März haben die städtischen Arbeiter der Stadtverwaltung ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage unterbreitet. Nach langen Wochen haben sich die städtischen Kollegen mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Herrschaften auf dem Rathaus konnten sich aber wohl darüber nicht einig werden, wie sich die Sache am billigsten regeln läßt. Man kam dann zu dem Beschluß: die Gewährung von Teuerungszulagen an städtische Arbeiter ist noch nicht spruchreif. Was damit gesagt werden sollte, ist nicht recht verständlich. Sollte man über die von den Arbeitern geforderte Zulage noch hinausgehen? Oder sollen, wie das regelmäßig in Hannover geschieht, große Teile der Arbeiter wieder nichts erhalten? Hat ja nicht das letzte zugutreffen. So bedächtig und unentschieden man in Hannover mit Lohnzulagen ist, um so schneller handelt man bei Lohnabzügen. Die während des Krieges eingestellten Hilfsarbeiter erhalten nicht dieselben Lohnsätze, die bis vor Kriegsausbruch gezahlt sind. So betrug bei der Straßencleaning vor dem Kriege der Anfangslohn 3,90 Mk. Jetzt erhalten dort die neuangestellten Arbeiter nur 3,50 Mk. Selbstverständlich drängt sich in der jetzigen Zeit kein Arbeiter, für einen derartigen Hungerlohn der Stadtverwaltung seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Es melden sich nur noch nicht mehr vollqualifizierte Arbeiter. Von den privaten Arbeitgeber wurde verlangt, daß während des Krieges keine Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgenommen werden sollen, damit der Burgfrieden gewahrt wird. Was kümmert aber die Stadtverwaltung Hannover der Burgfriede. Sie glauben den Burgfrieden auszunutzen zu sollen und die Löhne erheblich zu verschlechtern. Ferner hatten die Arbeiter der Straßencleaning für Heberstunden bisher einen Zuschlag von 25 Proz. Alle übrigen städtischen Arbeiter erhielten diesen Zuschlag nicht, obwohl schon des öfteren seitens der Arbeiter Zuschläge gefordert sind. Um nun den übrigen Arbeitern jeden Hinweis zu nehmen, hat man nicht etwa den übrigen Arbeitern ebenfalls einen Zuschlag für Heberstunden bewilligt, sondern man hat jetzt den Arbeitern der

**Straßenreinigung den Aufschlag für Heberstunden genommen!** Also ist wiederum eine ganz erhebliche Verschlechterung der Bezüge der Arbeiter zu verzeichnen. Und das geschieht in einer Zeit, wo der Arbeiter infolge der gewaltigen Teuerung bei dem geringen Lohn ohnedies nicht weiß, wovon er den Lebensunterhalt der Familie beitreten soll. Gerade bei der Straßenreinigung müssen viel Heberstunden geleistet werden, und da fällt eben die Reduzierung der Löhne für Heberstunden ganz erheblich ins Gewicht. Die gesamte Lebenshaltung der Arbeiter wird dadurch verschlechtert. Diese Maßnahmen der Stadtverwaltung müssen aber den städtischen Arbeitern von neuem den Beweis liefern, daß eine starke Organisation jetzt mehr denn je notwendig ist. Nur durch einen festen Zusammenschluß können wir weitere Verschlechterungen verhindern.

**Kottbus.** Am 19. Mai tagte eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter, die sich mit den Löhnen und der durch die Kriegsteuerung geschaffenen Situation beschäftigte. Kollege **Marole** Berlin hielt das einleitende Referat. Der Redner schilderte die sehr ungünstige Lage der städtischen Arbeiter und zeigte diesen den Weg, der beschritten werden müsse, um Verbesserungen zu erreichen. Nach dem Vortrag setzte eine rege Diskussion ein. In derselben wurde zum Ausdruck gebracht, daß inzwischen eine Teuerungszulage von 6 M. pro Monat gewährt worden sei und in einigen Betrieben bereits für April nachgezahlt worden ist. Die Arbeiter des Gaswerks und auch einige vom Elektrizitätswerk hatten noch nichts erhalten. Von allen Rednern wurde betont, daß die gewährte Teuerungszulage viel zu gering sei, was in Anbetracht der allseits niedrigen Löhne — es werden noch solche von drei Mark pro Tag gezahlt — zutrifft. Es wurden dabei Stimmen laut, die verlangten, daß schnellstens eine Eingabe um eine weitergehende Zulage eingereicht werden soll. Auch mit den sonstigen Verhältnissen sind die Arbeiter keineswegs zufrieden. Eine Anzahl der Anwesenden schloß sich der Organisation an. Nach einem Schlußwort des Referenten gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die im „Konzerthaus Kottbus“ tagende, gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter bringt zum Ausdruck, daß die gewährte Teuerungszulage von monatlich 6 M. in Anbetracht der enormen Teuerung vollständig unzulänglich ist. Die städtischen Arbeiter behalten sich daher vor, zu geeigneter Zeit um eine weitere Zulage, die der Teuerung mehr entspricht, an die Stadtverwaltung heranzutreten. Die Anwesenden verpflichten sich, inzwischen mit allen Kräften für die Stärkung der Organisation zu arbeiten, um dann den erforderlichen Nachdruck hinter ihre Forderung zu bringen.“

**Sönigsberg i. Pr.** Bis im Herbst 1914 die Lebensmittelpreise rapide in die Höhe gingen und dies auf die Arbeiterschaft schwer lastete, machte sich diese Preissteigerung wohl hier im Osten zusehbar. Es konnte ja auch gar nicht anders sein, denn die Löhne sind sehr niedrig geblieben, gegen andere Großstädte. Trotzdem sind die Preise aller Nahrungsmittel und Bedarfsartikel und auch die Wohnungsmieten ebenso hoch wie in Berlin. Diesen Druck der Teuerung konnten die städtischen Arbeiter kaum ertragen, weil durch Anbruch des Krieges nun noch größere Anforderungen an sie herantraten; auch waren die Arbeitskräfte in den einzelnen Betrieben sehr schwach. Darum mußte ein jeder seine eigene Kraft mehr in Anwendung bringen, ohne einen Pfennig Entschädigung dafür zu erhalten. Wollten die einzelnen Betriebsleitungen Arbeitskräfte haben, so waren sie gezwungen, den Neueingestellten höhere Löhne zu zahlen, um den Betrieb einigermaßen aufrechtzuerhalten. Dieser Druck der Teuerung etwas abzufwachen, wandten sich die Arbeiterschüsse im November vorigen Jahres an den Magistrat und baten um eine Teuerungszulage für alle städtischen Arbeiter. Die Arbeiterschüsse und die Arbeiter hatten jedoch ihre Meinung ohne den Magistrat gemacht. Die Ausschußmitglieder der einzelnen Betriebe erhielten folgenden Bescheid: „Dem Gesuche des Arbeiterschusses vom November vorigen Jahres um Gewährung einer Teuerungszulage an alle städtischen Arbeiter und Handwerker vermögen wir in Berücksichtigung aller dabei zu erwägenden Verhältnisse nicht zu entsprechen. Ohne schwere Ungerechtigkeiten gegenüber weiten Kreisen anderer Erwerbsstände, die zum Teil froh sind, jetzt während des Krieges geringer bezahlte Arbeitsgelegenheit gefunden zu haben, würde eine Lohnzulage selbst an die nach Lohnklasse V gelöhnten Arbeiter nicht gewährt werden können. Insbesondere würden bei Berücksichtigung des uns vorliegenden Gesindes verschiedene Klassen städtischer Unterbeamten geradezu ungünstiger behandelt werden als die Arbeiter. Alle Kreise des Volkes müssen sich in dieser schweren Kriegszeit bescheiden, die zu Erhöhungen der persönlichen Bezüge aller im festen Arbeitsverhältnis Stehenden und dadurch allem schon vor vielen anderen im volle Vorzugsterm sicherlich keine Veranlassung geben kann. Dr. Körte-Tiefen.“ Jeder Kommentar wäre hier überflüssig, wenn die Angelegenheit nicht so ernst wäre. Die soll eine Familie mit fünf, sechs und noch mehr Kindern in einer solchen Zeit mit einem Tagesverdienst von 2,50, höchstens 4 M. auskommen. Da kann man sich nicht wundern, daß fast tagtäglich in der Tagespresse zu lesen ist: „Mutter und Mutterlager bei hohem Lohn gefaßt. Das städtische Amt.“ Daher erhalten die „Unangestellten einen von hohem Lohn als die städt. Bediensteten.“ Direktor **Knobert** erklärte auch in der letzten Ausschusssitzung: „Arbeitskraft

jetzt nicht bewirkt werden, die Arbeitskräfte sind zu knapp.“ Da nun die Teuerung immer mehr und mehr einsetzte, wandten sich die Arbeiterschüsse Anfang März nochmals an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung um Gewährung einer Teuerungszulage. Diese Eingabe stand am 24. März d. J. mit auf der Tagesordnung. Vom Berichterstatter des Ausschusses, in der Angelegenheit vorher beraten war, wurde erklärt, der Ausschuß habe beschlossen, die Petition dem Magistrat als Material zu überweisen. Die meisten Redner der Sitzung waren Befürworter der Petition und meinten, es müsse etwas geschehen, da tatsächlich die städtischen Arbeiter mit dem heutigen Lohne nicht mehr auskommen können. Die Versammlung beschloß, die Petition dem Magistrat zur Ausdeutung zu überweisen. Nun sind schon wieder zwei Monate vergangen! Der Magistrat hat bis jetzt es nicht für wert gehalten, der Stadtverordnetenversammlung Bericht zu erstatten, wie er über die Lage der städtischen Arbeiter denkt, um ihnen ein wenig entgegenzukommen. Die Lebensmittel werden von Tag zu Tag teurer. Die Preise aller Bedarfsartikel steigen. Das weiß der Königsberger Magistrat wohl sehr gut, denn er selbst sieht ja jede Woche die Höchstpreise fest. Da kann man sich nicht mehr wundern, wenn Arbeiter und Handwerker den städtischen Betrieben den Rücken kehren.

**Widau.** Am 15. Mai fand eine Mitgliedsversammlung statt. Nach einem beschrifteten aufgenommene Referat des Moll. **Deider** Dresden über: „Die Vertungen des Krieges auf die Gewerkschaften“, erhaltete der Kassierer, Kollege **Schubert**, den Rechnungsabrechnung vom 1. Quartal. Zu beiden Punkten fand keine Debatte statt. In den nun folgenden Ausführungen der Kollegen kam die Mißbilligung über die vom Rat beliebte Erledigung der Eingabe betreffs Lohnerböhung zum Ausdruck. Die hiesigen Bauamtsarbeiter durften in den Wintermonaten nur an fünf Tagen in der Woche arbeiten. Durch den dadurch erfolgten wesentlichen Ausfall an Verdienst trat begrifflicherweise ein Notstand unter diesen Arbeitern ein. Sie stellten deshalb durch den Arbeiterschuss in einer Eingabe die Forderung um eine Lohnerböhung von 5 Pf. pro Stunde. Der Rat gab ihnen keine Antwort. Mittlerweile aber nahm die Teuerung einen solchen Umfang an, daß auch die Arbeiter der übrigen Betriebe um Gewährung einer Kriegsteuerungszulage an den Rat herantraten mußten. Nachdem nun noch erst von seiten der Stadtverordneten Anregungen diesbezüglich ergingen, beschäftigte man sich mit der Angelegenheit und bewilligte eine Lohnzulage von 2 Pf. für alle Arbeiter. Dadurch, daß diese Lohnzulage keine Auswirkung erhielt, werden die Bauamtsarbeiter für die Verdienstslosigkeit nicht entschädigt. Unwillen erregte es auch, daß die Auszahlung der Lohnerböhung bisher nur an einen Teil der Arbeiterschuss erfolgte, während der andere Teil noch die alten Löhne ausgezahlt erhielt, sowie daß man den Arbeiterschuss auch bis jetzt noch keine Antwort gewährt hat. Weiter wurde lebhaft über die Behandlung der Schlichtungsarbeiter durch den hiesigen Müller geäußert, der auch vor Täuschungen nicht zurückschrecken soll. Solchen Vorkommen nach zu schließen, scheint der Mann bei seiner Anstellung nicht an den seinen Anfangsformen entsprechenden Platz gestellt worden zu sein. Sollen sich die Arbeiter solchen Vorkäufen gegenüber nicht durch Selbsthilfe helfen, so muß die Stadtverwaltung einschreiten.

◆ Internationale Rundschau ◆

**Oesterreich.** Die durch den Krieg verursachte Teuerung hat die Wiener Gemeindevertretung veranlaßt, sich mit der Frage der Gewährung einer Kriegszulage für ihre Angestellten einschließlich der Lehrpersonen zu beschäftigen. Bekanntlich hat die Stadt Wien vor kurzem beschlossen, allen ihren Angestellten, die einen Jahresbezug unter 2000 M. haben, unterschiedslos eine Kriegszulage von monatlich 10 M. zu bewilligen. Der Wiener Stadtrat glaubte aber, bei der Gewährung der Teuerungszulage insbesondere jene Angestellten besser bedenken zu müssen, die für Kinder zu sorgen haben, weil ja die Kinder unter einer Einschränkung der notwendigen Ernährung besonders leiden. Bei der überaus großen Anzahl von Bediensteten, die für die Gewährung einer Kriegszulage in Betracht kamen, mußte auch auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde Bedacht genommen werden. Der Wiener Stadtrat entschied sich daher, die Kriegszulage für jene Angestellten, die keine Kinder zu versorgen haben, mit monatlich 9 Kronen (7,65 M.), also etwas geringer als Berlin, zu bemessen, dagegen aber denjenigen Angestellten, die für Kinder sorgen müssen, außer den 9 Kronen für jedes Kind unter 16 Jahren einen weiteren Zuschuß von 3 Kronen (2,50 M.) monatlich zu bewilligen. Eine weitere Begünstigung der Familien mit Kindern wurde dadurch geschaffen, daß die Gehalts- und Lohngrenze, bis zu welcher eine Kriegszulage gewährt wird, für sie mit jährlich 3000 Kronen bestimmt wurde, während sie für diejenigen Angestellten, die keine Kinder zu versorgen haben, jährlich 1900 Kronen beträgt. Das Gesamterfordernis für diese Kriegszulage wurde annähernd mit rund vier Millionen Kronen auf die Jahr, also monatlich mit rund 350 000 Kronen, ermittelt. Der Stadtrat beschloß, wie bereits berichtet, nach in der Stadtkammerkonferenz des Wiener Gemeinderats einhellige Zustimmung gefunden.

## • Aus den deutschen Gewerkschaften •

**Der Metallarbeiterverband im Jahre 1914.** Die Jahresabrechnung, die in Nr. 18 der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wird, ist durch den Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen sehr stark beeinflusst worden. Der Mitgliederwechsel im Periodenjahre übertraf den früherer Jahre bedeutend. Es traten ein 89 482 Mitglieder, übergetreten sind 5212, vom Meer zurück meldeten sich 6905, so daß der gesamte Zugang 101 499 betrug. Trotz dieses Zugangs ist die Mitgliederzahl, auch wenn man die zum Meer eingetretenen 185 081 Mitglieder vom vorberührenden abnimmt, um 36 936 gesunken. Ende 1913 war die Mitgliederzahl 544 934, Ende 1914 522 917, Abnahme 22 017. Von den 36 936 Abgegangen sind ein Teil wohl ebenfalls einberufen worden sein, der größere Teil davon ist jedenfalls aus Ursachen ausgeschieden, die auch auf den Krieg zurückzuführen sind. Die reinen Einnahmen des Verbandes betragen 15 206 936 M., 1913: 18 638 525 M. Die Differenz von 3 431 590 M. ist hauptsächlich durch die Mindereinnahme an Beiträgen entstanden. Bei dem durch die zahlreichen Einberufungen verminderten Mitgliederbestand ist diese Mindereinnahme aus Beiträgen ohne weiteres erklärlich. Die Ausgaben für Unterhaltungen erhöhten sich gegen das Vorjahr trotz der bedeutend gesunkenen Mitgliederzahl in den 22 Kriegswochen des vorigen Jahres und trotz teilweiser Beschränkung und Aufhebung von einigen Unterstützungsarten um 488 814 M. Es sind jedoch nur die Ausgaben für das Sterbegeld und die Arbeitslosenunterstützung gestiegen, für alle anderen Zweige waren sie geringer. Es erforderten: das Sterbegeld 389 824 M., 1913: 513 443 M., die Invalidenunterstützung 116 019 M., 154 069 M., die Krankenunterstützung 3 332 282 M., 4 188 345 M., die Arbeitslosenunterstützung 7 394 311 M., 3 229 200 M., die Streifenunterstützung 1 096 465 M., 3 616 765 M., die Maßregelungen 162 830 M., 267 062 M., die besonderen Notfälle 77 748 M., 105 338 M., das Sterbegeld 142 675 M., 135 895 M., der Rechtschutz 39 869 M., 53 062 M. Für sieben Unterstützungsarten zusammen war die Ausgabe um 3 683 075 M. geringer, für zwei um 4 171 890 M. höher. Die Krankenunterstützung wurde nur ungefähr bis Mitte August gezahlt, wie bei anderen Gewerkschaften fiel sie von da an aus, weil sie die Kasse zu sehr belastet haben würde. Die Steigerung der Streifenunterstützung wurde durch den „Ausgriechen“ vermindert; die Ausgaben für die übrigen Zweige — ausgenommen das Sterbegeld — blieben geringer als im Vorjahre wegen der verminderten Mitgliederzahl. Die Ausgabe für die Arbeitslosenunterstützung ist es, die der Jahresrechnung den Stempel aufdrückt. Ihr kam bisher während des Krieges die größte Bedeutung zu, und sie wird diese auch noch weiter lange über den Krieg hinaus behalten. Der Vorbericht, die die Verbandsleitung bei Ausbruch des Krieges geeignete Schutzmaßnahmen treffen ließ, ist es zu danken, daß der Verband bisher die Wirkungen des Krieges gut überstanden hat und so aller Voraussicht nach weiter überleben wird. Das Vermögen der Hauptkasse hat sich zwar von 13 112 004 M. um 1 706 448 M. auf 11 544 556 M. verringert, was jedoch zu Befürchtungen keinen Anlaß bietet. Willen wird man es aber nur können, daß das Verbandsorgan aus Anlaß des demnächst stattfindenden Verbandstages davon abträt, vorläufige Beschlüsse zu fassen, die die finanziell sichere Grundlage des Verbandes erschüttern könnten. Denn nach dem Kriege wird der Verband wie alle übrigen Gewerkschaften erst recht außerordentliche Leistungen zu vollbringen haben.

## • Rundschau •

**Krieg, Mode und Arbeiterfrauen.** In der färgerlichen Frauenliteratur nimmt die Stellung der Interessenten zur Schaffung einer deutschen Mode gegenwärtig einen breiten Raum ein. „Los von Paris“ ist der Kriegsruf, der hier erschallt. Es wird versucht, eine Frauenkleidung herzustellen, die dem deutschen Geschmack und der deutschen Eigenart gerecht wird und nebenbei der deutschen Kleiderindustrie und den damit in Verbindung stehenden Berufen größere Absatzgebiete bringt. Beschiedentlich sind bereits Vorfürungen und Ausstellungen deutscher Moden veranstaltet worden, die zum Teil ebensowenig Einfachheit und Zweckmäßigkeit — auch Geschmack — zeigten, als die bisher unter dem Namen „Pariser Moden“ von den Damen mit großem Geldbeutel getragenen Kleider, Mäntel und Hüte. Die Arbeiterfrauen und -töchter stehen diesen Dingen ziemlich gleichgültig gegenüber, und sie würden sich wohl kaum eines Lächelns erweihen können, wenn sie den Eier beschnitten, der der geschicktesten Vortreibungen gewidmet wird. Neben ernst zu nehmenden Menschen, die einen bestimmten Zweck dabei verfolgen, interessieren sich hauptsächlich solche dafür, die in den Modenhäusern jetzt echte japanische Kimonos kaufen und ohne schottische Bänder und Allederröde, die nach Farbe und Schnitt den eigenartigen Moden der schottischen Hochlandstruppen nachgebildet sind, nach Leben können. Daneben entziehen sie sich dann,

wenn man nach alter Gewohnheit beim Abschied „Adieu“ sagt und im Lokal ein Tartarbeejica! verlangt, anstatt rohes Hackfleisch zu fordern. Dadurch kann eine Sache, die zweifellos viel Berechtigung hat, leicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Wenn es gelingen sollte, die deutschen Frauen dahin zu bringen, daß sie ihren Bedarf an Kleidung im eigenen Lande decken, würde unsere Bekleidungsindustrie sicher einer ganzen Anzahl mehr Personen Arbeitsgelegenheit geben können. Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber nicht unterlassen, einen Mißstand zu erwähnen, der sich auch in Arbeiterkreisen zeigt. Es ist Mode geworden, die kleinen Jungen wie Soldaten heranzuputzen. Das sollten aufgetürrt sein wollende Eltern nicht tun. Die Soldatenuniform erinnert uns überall, daß Hunderttausende junger und gesunder Männer ihr Leben täglich und stündlich in die Schanze schlagen und fern von der Heimat und von ihren Angehörigen auf den Schlachtfeldern verbluten müssen. Deshalb paßt die Uniform und alles was dazu gehört nicht für Kinder als Spielzeug, ganz abgesehen davon, daß die armen Jungen manchmal darin wie kleine Affen aussehen. In einer süddeutschen Stadt hat ein Bürgermeister für Kinder das Uniformtragen verboten. An anderen Orten ist den Kindern untersagt worden, in solchen Aufzügen in die Schule zu kommen. Es ist bedauerlich, daß in so ernsten Zeiten solche Verbote überhaupt notwendig sind.

**Der Arbeitsnachweis bei Abschluß des Krieges.** Im Saal der Budgetkommission des Reichstags tagte am 30. April eine Konferenz, um über die gezielte Regelung der Arbeitsvermittlung für Kriegsteilnehmer zu beraten. Die Konferenz war außerordentlich zahlreich besucht. Es waren u. a. vertreten: Deutscher Städte- und Landtag, Deutscher Handelstag, Landwirtschaftsrat, Sanitätsbund, Zentralverband Deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die christlichen und die jüdisch-Dunderschen Gewerkschaften, die kaufmännischen Verbände usw. Staatssekretär Debrück wies einleitend auf die Bedeutung des Arbeitsnachweises nach Abschluß des Krieges hin. Wir können nicht übersehen, welche Gestaltung der Arbeitsmarkt nach dem Friedensschluß haben wird. Eins aber wissen wir sicher, daß große Arbeitermassen nach Abschluß des Krieges auf dem Arbeitsmarkt erscheinen werden, und daß auch ein Zurück aus der Rüstungsindustrie zu verzeichnen sein wird. Wir müssen Vorsorge treffen, den Arbeitern Gelegenheit zu haben, nachweise zu haben, wo sie sich um Arbeitsgelegenheit bemühen können. Weiter wollen wir nicht gehen. Ob es notwendig ist, Konstanzarbeiten wieder in Angriff zu nehmen, bleibt dahingestellt. So wird wahrscheinlich die Eisenbahnverwaltung größere Aufträge zu vergeben haben. Eine Auseinandersetzung über die Neugestaltung des Arbeitsnachweises scheint jetzt verfrüht, das muß späteren Erwägungen überlassen bleiben. Zur Beratung standen folgende Vorschläge: 1. Maßnahmen der Arbeitsnachweisverbände: a) Herausgabe von Adressenverzeichnissen der sämtlichen nicht-gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise des Reiches. b) Anregung zur Errichtung und zum Ausbau öffentlicher Arbeitsnachweise an geeigneten Orten. c) Ausgleich der Arbeitsgesuche und Angebote im interlokalen Verkehr. Ausnutzung des weiter ausgebauten Arbeitsmarktanzeigers. 2. Maßnahmen der Arbeitsnachweise: a) Zusammenarbeiten aller an einem Ort befindlichen Arbeitsnachweise (Zentralauskunftsstellen). Erste Fühlung mit Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Benutzung des Arbeitsmarktanzeigers. b) Besondere Arbeitsvermittlung für Kriegsteilnehmer (wird besonders verfolgt). 3. Maßnahmen der Arbeitgeber: a) Meldung der offenen Stellen an organisierte Arbeitsnachweise aller Art. b) Wiedereinstellung früherer Arbeiter. c) Beachtung des Beschäftigungsbedarfes der etwa zu entlassenden Ersatzkräfte. 4. Wünsche in bezug auf Verwaltungsmaßnahmen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, insbesondere der Heeres- und Marineverwaltung. Die Herausgabe der Adressenverzeichnisse wurde vielfach als ein nur kleines Mittel bezeichnet und das Verlangen ausgesprochen, daß dieses Adressenverzeichnis von einer Zentrale ausgegeben wird, nicht etwa von den Arbeitsnachweisverbänden. Der Forderung auf Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise wurde allgemein zugestimmt, aber von den Gewerkschaften mit Nachdruck die paritätische Verwaltung verlangt. Wenn also in nächster Zeit die Errichtung solcher Arbeitsnachweise betrieben wird, soll nicht vergessen werden, die Teilnahme der Arbeiter am Arbeitsnachweis zu sichern. Der Ausgleich der Arbeitsgesuche und Angebote wurde als sehr wichtig erachtet und der Wunsch ausgesprochen, daß die Angaben über Angebot und Nachfrage mehr dezentralisiert werden, der Arbeitsmarktanzeiger des Statistischen Amtes genügt dafür nicht. Notwendig wäre eine freie Eisenbahnfahrt zur Arbeitsstelle für den Arbeiter und Ermäßigung der Gebühren für Telefon und Telegraph. Die Schaffung einer Zentrale für alle Arbeitsnachweise am Ort wurde günstig aufgenommen. Die Zentrale für Arbeitsstellen sollte auch tatsächlich darüber zu hören sein, ob ausländische Arbeiter herangezogen werden können. Denn es sei kein erfreulicher Zustand, daß die Zahl der Ausländer so bedeutend zunimmt. Vor allem wird man unmittelbar nach dem Kriege den freien Zu-

tritt kommen müssen, bis erst in Deutschland wieder normale Verhältnisse eingetreten sind. Von einem Vertreter der Landwirtschaft wird hiergegen Einspruch erhoben, der Arbeitermangel für die Landwirtschaft wird äußerst groß sein. Staatssekretär Delbrück glaubt, daß sich die Ausländerfrage durch die schon jetzt geschaffenen Einrichtungen regeln wird. Wie weit wir mit der Einwanderung ausländischer Arbeiter zu rechnen haben, ist heute nicht zu übersehen. Auf die Errichtung der Zentralstelle soll ein leiser Zwang ausgeübt werden, hiesichtlich genügt es, um allenfalls diese Einrichtung zu treffen. — Die Vertreter der Arbeitgeberverbände erklärten, daß sie bemüht sein werden, soweit es möglich ist, die heimkehrenden Arbeiter wieder in ihre alte Stelle aufzunehmen. — Staatssekretär Delbrück bemerkte dazu, daß er es für selbstverständlich gehalten habe, daß die Unternehmer danach verfahren. Die Anforderung, daß die offenen Stellen an organisierte Arbeitsnachweise zu melden sind, soll herbeiführen, daß die Umirage der Arbeitslosen in den Betrieben vermieden wird. Allerdings ein Zwang zur Meldung will damit nicht ausgesprochen sein, dazu fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage. Die Behörden wie auch viele Betriebe werden gezwungen sein, die jetzt angenommenen Ersatzkräfte zu entlassen. Es sollte hier mit großer Schonung vorgegangen werden. Bei der Frage der Arbeitsbeschaffung für Kriegsinvaliden wurde der Wunsch von den Vertretern der Gewerkschaften ausgesprochen, daß die Arbeitsvermittlung der bestehenden Arbeitsnachweisen übertragen werden muß. Vor allem solle man verhindern, daß den Kriegsinvaliden ein geringerer Lohn geboten wird. — Von Seiten der Arbeitgeber wurde betont, daß man nicht die Absicht habe, Kriegsinvaliden geringeren Lohn zu bieten. Wie weit die Vespredung zu einem entsprechenden praktischen Ergebnis führen wird, wird davon abhängen, ob die Regierung mit Nachdruck und unter Berücksichtigung der Arbeiterinteressen die aufgestellten Grundsätze verfolgt. Es kann dabei hervorgehoben werden, daß die Anregung zu einer besseren Regelung des Arbeitsnachweises im Hinblick auf die Zustände nach Abbruch des Krieges von den freien Gewerkschaften ausgegangen ist, der sich dann die übrigen Gewerkschaftsgruppen angeschlossen haben. Wenn auch die gesetzliche Regelung, die von unseren Gewerkschaften verlangt wurde, vorläufig nicht in Erfüllung geht, so dürfen wir wohl erwarten, daß wenigstens eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, einer zweckmäßigen Arbeitsvermittlung die entsprechende Förderung angeheben zu lassen.

**Die Krankenkassen in der Kriegszeit.** Die Geschäftsergebnisse der Krankenkassen sind mit dem wirtschaftlichen Leben aufs engste verbunden und so ist es nur natürlich, daß der Krieg, der doch auch ein großes wirtschaftliches Ereignis ist, auf den Geschäftsgang der Krankenkassen einen ungeheuren Einfluß ausübt. In die Augen springt zunächst der große Verlust an Mitgliedern. Es war ein Mitgliederbestand vorhanden in den Allgemeinen Ortskrankenkassen:

	1. Juli 1914	1. Oktober 1914	1. März 1915
Berlin . . . . .	495 377	351 442	482 313
Leipzig . . . . .	209 260	164 482	164 916
München . . . . .	184 961	156 877	165 295
Dresden . . . . .	164 800	119 161	124 325
Frankfurt a. M. . . . .	163 918	133 312	141 416
Stuttgart . . . . .	140 765	117 227	127 808
Nürnberg . . . . .	95 549	61 754	69 752
Chemnitz . . . . .	96 800	64 842	66 493
Bremen . . . . .	51 879	39 660	39 048
Düsseldorf . . . . .	50 087	33 032	34 774

Im Durchschnitt dürfte bei allen Kassen die Abnahme vom 1. Juli 1914 zum 1. Oktober 1914 rund ein Viertel sämtlicher Mitglieder betragen haben. Zum 1. März 1915 machte sich wieder eine kleine Zunahme, ganz besonders von weiblichen Mitgliedern, bemerkbar. In Berlin und einigen anderen Orten ist die größere Zunahme vornehmlich auf die Wiedereinführung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden zurückzuführen. Seit dem 1. März 1915 hat infolge vieler Einberufungen wieder eine starke Abnahme der Mitgliederzahlen eingesetzt. Die nach Ausbruch des Krieges allgemein bemerkte Abnahme der Zahl der erwerbsunfähigen Kranken bei den Kassen hat im allgemeinen angehalten. Am 1. Juli 1914 waren bei den größten Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches 3,28 Proz. der Mitglieder erwerbsunfähig krank. Am 1. Oktober 1914 waren es 2,52 Proz. und am 1. März 1915 ein wenig mehr, nämlich 2,62 Proz. Dieser günstige Stand ist auf die erträgliche Lage des Arbeitsmarktes und sonstige Umstände, wie große Arbeitslast der Ärzte usw. zurückzuführen. Nebeneinander berichten die Kassen, daß die zur Aufnahme einberufenen Mitglieder nur in seltenen Fällen die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen. Die Belehrungen über die Zweckmäßigkeit dieser Weiterversicherung haben nur wenig Erfolg. In den meisten Fällen wird es den Familien schwer werden, die Beiträge inzwischen weiterzahlen.

**Patrouille vor dem Feind.**

Wir schleichen grau durchs graue Feld,  
Mannebel hüllt die falsche Welt.  
Wir äugen, ob wir schrittweis' gehn,  
Und horchen in das Windeswehn.  
Vor uns vielleicht am Waldestrand  
Liegt still am Abzug Hand und Hand,  
Liegt Feind an Feind im Holz versteckt,  
Von Strauch und Nebelrauch verdeckt,  
Und schwarzer Funke laugen Gier  
Zählt still uns ab: eins . . . zwei . . . drei . . . vier . . .  
Wir schleichen vor, gedeckt, gebudt . . .  
Ein Zweiglein knackt . . . Der Ringer zuckt,  
Und Fuß und Fuß und Atem stockt,  
Wir stehen still wie angepflockt.  
Jetzt . . . ! Jäh zerreißt der graue Rauch,  
Hollohe schlägt aus Strauch und Strauch . . .  
Da liegt der Feind! Meldung zurück  
Ans Regiment! Will's Gott, mit Glück!  
Achtung, Kam'rad! Und jeder liegt  
Kangahn der Erde angeknienigt . . .  
Im Sprung zurück! Gebudt, gebudt,  
Vom grauen Erbrauch eingeschudt . . .  
Der feurigen Hornissen Schwarm  
Trägt Gier nach unserm Herzblut warm,  
Es fischet vorbei an Ohr und Ahd  
In Holz und Stein mit Ahd und Ahd . . .  
Am Waldebrand hadt der Tod und pfeift,  
Wie schriff und kalt sein Atem streift!  
E—sim — fährt's vorbei wie Messerschmitt . . .  
Still gleitet eine Angel mit,  
Die eine, die dir selber gift  
Und dir auf Herz und Leben zielt.  
Ihr Flughauch lösch das liebe Licht —  
Die eine Angel hörst du nicht . . .

W. W.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

- Gegen Frankreich und Albanien. Von Anton Feindrich. Mit Titel und Kopfseiten nach Zeichnungen von Bilds Wand und mit fünf Uebersichtskarten und mehreren Kartenstücken im Text (Bücher der Zeit.) Preis geb. 1,80 M., geb. 2,80 M. Französische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.
- Reliefkarte von Reims, Châlons und Umgebung. (Reliefkarten Nr. 19.) Preis 25 Pf. Französische Verlagsbuchhandlung Stuttgart.
- Deutsche Kriegsklänge 1914/15. Ausgewählt von Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg. 1. Heft. Verlag R. F. Koehler, Leipzig, Preis 40 Pf.
- Kostgemiße. Ueber 50 wildwachsende Kräuter, Früchte und Wurzeln, zusammengestellt und mit einem Hinweis auf ihre Verwendbarkeit als Nahrungsmittel und ihre Zubereitung als Gemüse, Salat usw. versehen, von Dr. Fr. Lisch (Stuttgarter Kriegsbilderbogen Nr. 7) 1 Tafel und 16 Seiten Text. Preis 25 Pf. (Französische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart).

**Totenliste des Verbandes.**

- |   |   |
|---|---|
| <b>Karl H. Altermann, Dresden</b><br>Vorarbeiter (Wasserwerk)<br>† 18. 5. 1915, 58 Jahre alt. | <b>Jakob Brudner, Nürnberg</b><br>Arbeiter (Lagerplatz)<br>† 15. 5. 1915, 65 Jahre alt. |
| <b>August Gläber, Bremen</b><br>Wasserbauarbeiter<br>† 18. 5. 1915, 63 Jahre alt.             | <b>Adam Köhler, Nürnberg</b><br>Feuerwehrmann<br>† 16. 5. 1915, 30 Jahre alt.           |



**Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:**

- |  |   |
|--|---|
| <b>Paul Eichhorn, Stettin</b><br>a. d. 29. März<br>bei Tauragen gefallen.              | <b>Rudolf Koschnick, Kiel</b><br>am 15. Mai im Alter von<br>37 Jahren im Lazarett verstorb. |
| <b>Wilhelm Haske, Bremen</b><br>am 2. Mai im Alter von<br>32 Jahren im Lazarett verst. | <b>Ernst Lüder, Hamburg</b><br>am 2. Mai im Alter von<br>28 Jahren im Westen gefallen.      |

**Ehre ihrem Andenken!**